



Ausbaustopp der Autobahn A49

Positionspapier des Aktionsbündnisses „Keine A49“

1. Das Aktionsbündnis „Keine A49“

Das Aktionsbündnis „Keine A49“ ist ein Zusammenschluss mittelhessischer Umweltschutz-, Naturschutz- und Bürgerinitiativen, die seit mehreren Jahren gegen die Zerstörung eines einzigartigen Arten-, Natur- und Trinkwasserschutzgebiets sowie die Rodung von 110 ha gesundem Mischwald durch die derzeitige Planung der A49 im VKE 40 (von Stadtallendorf bis Gemünden/Felda) kämpfen.

Seine Mitglieder sind:

- BUND Vogelsbergkreis
- NABU Hessen
- Schutzgemeinschaft Gleental e.V.
- Aktionsgemeinschaft „Schutz des Ohmtals“ e.V.
- Aktionsgemeinschaft „Rettet den Burgwald“ e.V.
- Vogel- und Naturschutzgruppe Maulbach

2. Ausgangslage

Nach Meinung des Aktionsbündnisses „Keine A49“ muss der Ausbau der A49 in grundsätzlich in Frage gestellt werden: Insbesondere neueste wissenschaftliche Erkenntnisse zum dramatischen Artensterben und zur Klimaveränderung sowie eine fortschreitende Trockenheit, welche die Grund- und Trinkwasserbestände in Hessen stark gefährdet, verdeutlichen, dass die Politik Alternativen zu dem CO₂-belastenden Straßenverkehr anbieten muss.

Darüber hinaus weist das Aktionsbündnis „Keine A49“ auf Rechtsverstöße bei der Planung des Ausbaus der A49 hin, insbesondere im Planfeststellungsbeschluss aus dem Jahr 2012, bei den Ausgleichsmaßnahmen – so genannte CEF-Maßnahmen – und bei der Vergabe des ÖPP-Verfahrens.

In zwei offenen Briefen aus dem Mai und dem August 2019 wurde Minister Tarek Al-Wazir aufgefordert, das Projekt aufgrund der grundlegend veränderten ökologischen Rahmenbedingungen zu bedenken, radikal umzudenken und für den VKE 40 einen Bau- und Rodungsstopp auszusprechen. Das Aktionsbündnis „Keine A49“ will die klima-, arten- und trinkwasserschützende Funktion für die Allgemeinheit erhalten.

In seiner Antwort verwies der Minister auf die Rechtmäßigkeit des Planfeststellungsbeschlusses und hält an der Entscheidung fest. Der BUND hatte die Rücknahme des Planfeststellungsbeschlusses beantragt, was allerdings von der Planfeststellungsbehörde abgelehnt wurde. Dagegen hat nun der BUND Hessen am 1. November 2019 beim Bundesverwaltungsgericht Klage eingereicht.

Zeitgleich formierte sich allerdings durch die Öffentlichkeitsarbeit des Aktionsbündnisses Widerstand in Orts- und Kreisverbänden von Bündnis90/Die Grünen und der Linkspartei, bei besorgten Bürgern und jungen Klimagruppen wie FridaysForFuture, Greenpeace, Robin Wood und anderen.

Regelmäßige Demonstrationen gegen die Rodungspläne im Dannenröder Forst und Informationsveranstaltungen entlang der geplanten Trasse führten Anfang Oktober (dem offiziellen Beginn der Rodungsarbeiten für den Autobahnausbau) zu Baumbesetzungen durch die Aktivistengruppe „Wald statt Asphalt“.

Das Engagement der Klimaaktivisten wird aktuell durch solidarische Waldspaziergänge, die das Aktionsbündnis „Keine A49“ jeden Sonntag organisiert, und der Bevölkerung vor Ort unterstützt. Die Spaziergänge bieten der Öffentlichkeit eine Informations- und Diskussionsplattform und erlauben den Austausch mit den Aktivisten. Die Protestform zeigt den Rückhalt der Aktivisten in der lokalen Bevölkerung.

Am 11. Oktober 2019 hat das Bund-Länderunternehmen DEGES, welches das Bauprojekt vorbereitet, verkündet, die Rodungsarbeiten um ein Jahr zu verschieben.¹

3. Zentrale Forderungen

Das Aktionsbündnis „Keine A49“ hält weiter an seiner Forderung nach einem sofortigen Bau- und Rodungsstopp für den VKE 40 fest und fordert von der hessischen Landesregierung:

- Die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben, insbesondere in Bezug auf den Planfeststellungsbeschluss, die Ausgleichsmaßnahmen (CEF-Maßnahmen) und das ÖPP-Verfahren. In diesen Bereichen sind gravierende Fehlentscheidungen getroffen worden.
- Ideen für neue Verkehrskonzepte, die ein intaktes Natur-, Arten- und Trinkwasserschutzgebiet erhalten. In Zeiten der Klimakrise muss der Straßenverkehr, und hier insbesondere der emissionsstarke Auto- und LKW-Verkehr grundsätzlich überdacht werden. Der BUND Hessen hat bereits 2010 ein Alternativkonzept zur Entlastung der Anlieger an den Bundesstraßen vorgelegt, mit dem er auf eine Ortsumgehung setzt. Wir sind allerdings überzeugt, dass auch alternative Verkehrskonzepte unter Einbezug der Schiene realisiert werden können.
- Den Erhalt und die Wiederaufforstung des Waldes. Die jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigen, dass der Wald als CO₂-Speicher eine ungemein bedeutende Stellung einnimmt und dringend geschützt werden muss. Aus diesem Grund haben die hessische Landesregierung und der Bund dezidierte Maßnahmenpakete verabschiedet, die es einzuhalten gilt.
- Nachhaltige Konzepte zu erarbeiten und umzusetzen, die Wirtschaft und Ökologie in Einklang bringen. Die Region Marburg-Biedenkopf ist als starker Wirtschaftsstandort bekannt. Das Aktionsbündnis „Keine A49“ steht für eine zukunftsorientierte und moderne Gesellschaft, die ihre wirtschaftlichen Interessen nachhaltig mit dem Klima- und Naturschutz in Einklang bringt und für die kommenden Generationen eine lebenswerte Basis schafft.

¹ <https://www.deges.de/aktuelles/neuigkeit/vergabe-fuer-oepp-projekt-a-49-im-ersten-halbjahr-2020/>

4. Hintergrundinformationen

Rechtsverstöße gegen den Planfeststellungsbeschluss

In ihrer Erklärung zur Verschiebung der Rodungsarbeiten hat die DEGES anerkannt, dass einzelne Ausgleichsmaßnahmen noch nicht wie geplant abgeschlossen werden konnten und im kommenden Jahr fortgesetzt werden müssen. Sollten diese Maßnahmen unrechtmäßig und unwirksam umgesetzt worden sein, muss sofort ein Baustopp erlassen werden. Für das Aktionsbündnis „Keine A49“ ist diese Prüfung ein erster Erfolg. Allerdings mahnen wir weitere Rechtsverstöße an:

Dazu zählen zum einen **Verstöße gegen die EU-Wasserrahmenrichtlinie**. Diese legt einen europaweiten Gemeinschaftsrahmen für den Schutz und die Bewirtschaftung des Wassers fest. Oberflächengewässer und Grundwasser sollen demnach geschützt und eine Verschlechterung unbedingt verhindert werden. Diese gesetzliche Vorgabe wurde bei der Erstellung und Genehmigung des Planfeststellungsverfahrens nicht betrachtet und somit nicht berücksichtigt.

Des Weiteren sehen wir eine mögliche **Unwirtschaftlichkeit des ÖPP-Verfahrens**. Minister Al-Wazir muss prüfen, ob das Projekt nicht zu Lasten des Steuerzahlers geht. Auch dies wird nach Angaben der DEGES nun ebenfalls angeregt.

Die Entscheidung der Europäischen Kommission, den Schutz des FFH-Gebietes im Herrenwald aufzuheben, beruht auf sachlich falschen Voraussetzungen. Die EU-Kommission hat zwar mehrere gravierende Fehler eingeräumt, aber dennoch die Ausnahmegenehmigung nicht aufgehoben. Aktuell läuft hier ein Petitionsverfahren gegen diese Entscheidung. Das BVerwG beruft sich in seiner Urteilsbegründung von 2012 auf diese sachlich falsch begründete Ausnahmegenehmigung.

Wald und Klimaschutz

Der Planfeststellungsbeschluss konnte 2012 die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Bedeutung des **Waldes als CO₂-Speicher** nicht berücksichtigen. Neueste Forschungsergebnisse haben allerdings gezeigt, dass der Wald, insbesondere der Mischwald, bei der Speicherung von CO₂ eine elementare Rolle spielt. Die Aussagen der DEGES, wonach die Rodung des Waldes für den Ausbau der A49 durch 750 ha Aufforstung wieder ausgeglichen werden, sind falsch. Die Wiederaufforstungsmaßnahmen werden erst nach Jahrzehnten ihre volle Wirkung als Kohlendioxidspeicher entfalten können. Aufgrund der anhaltenden Trockenheit und der sinkenden Grundwasserspiegel müssen wir aber befürchten, dass ein Großteil der Aufforstungsmaßnahmen nicht greifen wird.

Schon aus diesem Grund muss unserer Meinung nach der Rodungsstopp sofort erlassen werden. Einen über 250 Jahre alten Wald zu erhalten, ist zielführender und effektiver als Rodungen und Ersatzpflanzungen.

Natur- und Artenschutz

Die VKE 40 führt durch das europäische **FFH-Gebiet Herrenwald** östlich von Stadtallendorf, in dem sieben schützenswerte Lebensraumtypen und vier besonders schützenswerte Tierarten vorkommen. Der sehr heterogene Waldbestand, kleinere Fließgewässer, strukturreiche Stillgewässer und nasse Standorte in den Waldbereichen bieten Lebensraum für eine der größten Kammolch- und Bechsteinfledermauspopulationen im Naturraum. Zudem ist das Gebiet Lebensraum für die Fledermausart „Großes Mausohr“ und die Schmetterlingsart „Dunkler Wiesenknopf-Ameisenbläuling“. Alle Arten stehen auf den beiden Listen der FFH-Arten für „besonders geschützte“ und „streng geschützte“ Arten. Laubfrosch, Große Bartfledermaus und Mittelspecht sind weitere Arten, die bei uns selten geworden sind. Wissenschaftliche Studien haben ergeben, dass sich

das Arten- und Individuenspektrum, vor allem für Insekten in den letzten 30 Jahren bis zu 75 % reduziert hat.² Diese erschreckende Entwicklung wird durch den Ausbau der A49 weiter verstärkt. Gleiches gilt für die seit Jahrzehnten biodynamisch bewirtschafteten Wiesen im Gleental: Auch sie würden durch den Weiterbau der A49 in Ihrer Artenvielfalt zerstört.

Eine weitere Gefahr für Mensch, Tier und Umwelt ist das bislang völlig unterschätzte Vorkommen von **Mikroplastik** durch den Abrieb von Autoreifen. Laut einer Studie des Fraunhofer-Instituts für Umwelt-, Sicherheits- und Energietechnik³ gelangen pro Jahr und Kopf etwa 1,2 Kilo Mikroplastik durch den Reifenabrieb in die Umwelt. Es erreicht über Abschwemmungen unsere Bäche und Flüsse und gelangt von dort ins Meer und ins Grundwasser. Auf diesem Weg wird Mikroplastik auch von Fischen aufgenommen und kommt somit über die Nahrungskette auch in unseren Körper. Bei langen Trockenperioden wird das Mikroplastik vom Wind in die Landschaft verteilt und kommt somit neben dem Weg über die Bäche und Flüsse in unser Grundwasser. Besonders bedenklich ist das beim Betrieb von Straßen in Wasserschutzgebieten.

Verkehr

Die vermeintliche Entlastung des Verkehrs in der Region Mittelhessen ist ein Trugschluss. Laut Berechnungen des Kraftfahrt-Bundesamtes nimmt vor allem der Güterverkehr mit Lastkraftwagen stetig zu.⁴ Allein von 2015 bis 2018 hat sich der Gütertransport über die Straße um 6,3% gesteigert. In Zeiten der Klimakrise ist daher der weitere Fernstraßenbau nicht nachhaltig und zielführend. In Kassel wird bereits diskutiert, welche Maßnahmen gegen die völlig überlastete A49 getroffen werden können. Wichtig wäre es daher, alternative Verkehrskonzepte zu realisieren, die den Schienenverkehr mit einbeziehen.

Wirtschaft

Unternehmen in der Region Marburg-Biedenkopf klagen über die fehlende Planungssicherheit in der Logistik, die ohne den Weiterbau der A49 ausgelöst wird, und sehen darin eine Bedrohung der Wirtschaftskraft in der Region. Das Aktionsbündnis „Keine A49“ will keine geschwächte Wirtschaftsregion, im Gegenteil: Wir stehen ebenfalls für eine starke Wirtschaftskraft im Raum Marburg-Biedenkopf. Allerdings muss sie klimafreundlich und nachhaltig gestaltet sein. Dies bezieht selbstverständlich auch den Verkehr mit ein. Statt die Autobahn als wirtschaftlichen Heilsbringer zu sehen, können die Unternehmen mit hohem Logistikaufkommen, das aktuell über die Straße abgewickelt wird, Konzepte erarbeiten, die die zusätzliche CO2-Belastung durch den wachsenden LKW-Verkehr verhindern und die den Logistikverkehr auf die Schiene bringen.

gez. 13. November 2019

Aktionsbündnis „Keine A49“

² <https://www.bfn.de/themen/insektenrueckgang/bestand-und-gefaehrdung.html>

³ <https://www.umsicht.fraunhofer.de/content/dam/umsicht/de/dokumente/publikationen/2018/kunststoffe-id-umwelt-konsortialstudie-mikroplastik.pdf>

⁴ https://www.kba.de/DE/Statistik/Kraftverkehr/deutscherLastkraftfahrzeuge/Verkehrsaufkommen/verkehrsaufkommen_node.html



Schutzgemeinschaft Gleental e.V.
Christoph Schulze-Gockel



NABU Hessen
Karl-Heinz Zobich



BUND Vogelbergkreis
Dr. Wolfgang Dennhöfer



Aktionsgemeinschaft „Rettet den Burgwald“ e.V.
Dr. Anne Archinal



Aktionsgemeinschaft „Schutz des Ohmtals“ e.V.
Reinhard Forst

Vogel- und Naturschutzgruppe Maulbach
Bernd Fiedler